

Mainz, 23.01.2014

Antrag **0357/2011/1 zur Sitzung Stadtrat am 16.02.2011**

Änderungsantrag zum Antrag 0357/2011 "Stärkung der Ortsbeiräte - Ein Leitbild für bürgerschaftliches Engagement entwickeln" (ödp/Freie Wähler)

Der Stadtrat möge beschließen:

Punkt 1 des Antrages wird wie folgt ersetzt:

1. Der Stadtrat setzt eine Arbeitsgruppe ein, die entscheidungsreife Vorschläge für
eine Stärkung der Kompetenzen der Ortsbeiräte und Ortsvorsteherinnen/
Ortsvorsteher erarbeitet und dem Stadtrat spätestens im Sommer 2012 zur
abschließenden Behandlung und Beschlussfassung vorlegen soll.
2. Der Arbeitsgruppe sollen angehören:
 - je ein Vertreter/eine Vertreterin der im Stadtrat der Stadt Mainz vertretenen
Fraktionen
 - je ein Vertreter/eine Vertreterin der in den Ortsbeiräten der Stadt Mainz
ver-
tretenen Fraktionen/politischen Gruppen
 - drei Vertreter/Vertreterinnen aus dem Kreise der Ortsvorsteher/-innen
 - ein Vertreter des Rechtsamtes der Stadt Mainz
 - der Oberbürgermeister der Stadt Mainz oder ein von ihm benannter Vertre-
ter/-in
als Vorsitzender/Vorsitzende
3. Die Arbeitsgruppe soll spätestens zum 01.04.2011 ihre Arbeit aufnehmen.
4. Die Arbeitsgruppe soll spätestens zur letzten Sitzung des Stadtrates im Jahre
2011
einen Zwischenbericht vorlegen.
- 5.1 Die Arbeitsgruppe soll die bisher schon vorliegenden Ergebnisse und Aktivi-
täten,
die aus verschiedenen Gremien (Ortsbeiräte, Arbeitsgruppen) zum Thema

„Kompetenzen der Ortsbeiräte“ schon vorliegen, in ihre Arbeit mit einbeziehen.

5. 2 Insbesondere sollen die Möglichkeiten, die sich aus der rheinland-pfälzischen

Gemeindeordnung sowie den Gemeindeordnungen der anderen Bundesländer

ableiten lassen, in die Vorschläge nach Pkt. 1 einfließen.

Punkt 2 des Antrages 0357/2011 wird nunmehr als Punkt 6 übernommen.

Begründung:

Eine Stärkung der Kompetenzen der Ortsbeiräte und der Ortsvorsteher/-innen wird nur möglich sein, wenn sich die bisherige Funktionsverteilung zwischen dem Stadtrat und seinen Ausschüssen und den Ortsbeiräten verändert. Dabei müssen die Änderungen auf einem breiten Konsens der beteiligten Gremien beruhen und den Voraussetzungen der rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung genügen.

Es ist deshalb sinnvoll, alle beteiligten Gremien (Stadtrat, Ortsbeiräte, Verwaltung) schon im Vorfeld an der Beratung zu beteiligen

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Dr. Claudius Moseler
Fraktionsvorsitzender